

Ökologische Aspekte des Konsumverhaltens: Konsequenzen für die Verbraucherinformationspolitik

Joerges, Bernward

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Joerges, B. (1981). Ökologische Aspekte des Konsumverhaltens: Konsequenzen für die Verbraucherinformationspolitik. *Zeitschrift für Verbraucherpolitik*, 5(4), 310-325. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-54858-2>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/1.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more Information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/1.0>

Bernward Joerges

Ökologische Aspekte des Konsumverhaltens Konsequenzen für die Verbraucherinformationspolitik

Zeitschrift für Verbraucherpolitik, 5 (4), 1981, 310-325

Zusammenfassung

Längerfristige Wandlungen in den Strukturen des Güterkonsums weisen in die Richtung einer Anreicherung hauswirtschaftlicher Tätigkeiten mit produktiven und distributiven Funktionen, die früher vom Produktionssystem oder vom öffentlichen Versorgungssystem erbracht wurden. Umweltbelastungen im Verfügungsbereich der Haushalte werden damit zunehmen und stellen Umwelt- und Verbraucherpolitik vor neue Aufgaben. Wege und Probleme einer ökologisch orientierten Verbraucherinformationspolitik werden diskutiert, insbesondere im Hinblick auf Zielkonflikte zwischen Verbraucher- und Umweltpolitik, die wachsende Komplexität hauswirtschaftlicher Entscheidungsprozesse und soziale Disparitäten in der Versorgung mit Umweltgütern.

Abstract

Ecological aspects of consumer behaviour and their consequences for consumer information policy. Structural changes in consumption point towards a progressive transfer of certain productive and distributional functions from industry and public services to private households. Four aspects of this trend are discussed: the increasing capitalization of households; the development of household technology; the professionalisation of consumer activities; and the emergence of a "tertiary sector" in household production. As a result, environmental impacts of consumption increase in some areas disproportionately to the welfare contribution of consumers' productive activities. Environmental and consumer policy implications are set forth, particularly with respect to potentially conflicting environmental and consumer policy objectives; an increasing complexity of household decision processes; social disparities in ecologically relevant consumption behavior; and "neutral" versus "political" information strategies. Energy consumption is chosen as a case in point throughout the discussion.

Rund die Hälfte industriell bedingter Umweltbelastungen fällt im Konsum, also nach der "Marktentnahme" von Gütern, an. Produzenten und Konsumenten dürfen sich zu etwa gleichen Teilen Luft- und Wasserverschmutzung, Lärmbelästigung, Energieverschwendung und Störungen natürlicher Ökosysteme zuschreiben. Im folgenden wird dieser ökologische Kerntatbestand - hauptsächlich am Beispiel Energie - näher betrachtet und auf einige verbraucherpolitische Konsequenzen, genauer gesagt einige Folgerungen für die neutrale Verbraucherinformationspolitik, hin diskutiert. Vorab kurz die Fragen, die gestellt werden, und die Quintessenz der Antworten, die gegeben werden.

In einem ersten Schritt wird gefragt, in welche Richtung der Massengüterkonsum als beherrschende Lebensform der Industriegesellschaften sich entwickelt. Als Antwort werde ich vorschlagen, daß wir einen lang andauernden Trend zur *Industrialisierung der Haushaltsproduktion* beobachten können, insofern nämlich Verbraucherverhalten seine Prägung mehr und mehr von einer stetig wachsenden Kapitalisierung und Technisierung der Haushalte und einer fortschreitenden Professionalisierung häuslicher Tätigkeiten erhält. Erst in einem zweiten Schritt wird nach *ökologischen Auswirkungen* derartiger Veränderungen des Konsumverhaltens gefragt. Die Antwort wird

lauten, daß der "Beitrag" des Konsumsektors zur Umweltbelastung vermutlich schneller als der des Produktionssektors und überproportional zu seinem Wachstums- und Wohlfahrtsbeitrag wächst.

Als nächstes wird nach umweltpolitischen Konsequenzen dieses Vorgangs gefragt. Die Antwort wird sein, daß sich die staatliche Umweltpolitik viel stärker mit dem Konsumbereich befassen wird als bislang und daß sie ein Instrumentarium an Eingriffen in einem Bereich entwickeln wird, der bisher eine Domäne der Verbraucherpolitik war und ist. Sie wird das allerdings nicht unbedingt "im Sinne" der Verbraucherpolitik tun, insbesondere nicht vorrangig auf der Ebene einer ökologisch aufgeklärten Verbraucherinformationspolitik. Vor diesem Hintergrund wird schließlich gefragt, welche Rolle eine Verbraucherinformationspolitik spielen müßte und spielen kann, die sich Forderungen nach einer *umweltverträglichen Versorgung von Verbrauchern mit Gütern* nicht versagt - man könnte auch sagen: die auf eine verbraucherverträgliche Entwicklung der Umwelt hinwirken hilft. Es wird sich ergeben, daß in einer ökologisch aufgeschlossenen Verbraucherpolitik bestimmte Widersprüche offener zutage treten und Kontroversen darüber, was die „richtige« Verbraucherinformationspolitik sei, sich verschärfen dürften. So wird sich zeigen, daß eine unter ökologischen Aspekten notwendige Ausweitung und Weiterentwicklung des Begriffs der Gebrauchstauglichkeit von Gütern nicht leicht einzulösende Anforderungen an verbraucherpolitische Instrumente wie etwa den vergleichenden Warentest etabliert.

WOHIN ENTWICKELN SICH DIE STRUKTUREN DES GÜTERKONSUMS?

Zeitkritiker und Futurologen, die sich mit dieser Frage beschäftigen, projizieren meist eine von zwei sehr verschiedenen "postindustriellen" Zukünften: entweder eine Entwicklung zur *Dienstleistungsgesellschaft* oder zu einer alternativen *Eigentätigkeitsgesellschaft*. In der Dienstleistungsgesellschaft einerseits hat sich eine Sättigung mit industriell hergestellten Ge- und Verbrauchsgütern eingestellt, und die Bedarfe haben sich verlagert auf Dienstleistungen, die über Märkte oder öffentlich bereitgestellt werden. Damit verbunden ist ein Zuwachs an tendenziell befriedigend Beschäftigten im tertiären Sektor, mehr Freizeit, ein Nachlassen des produktionsbedingten Drucks auf die Umwelt. In der alternativen Gesellschaft andererseits werden entschieden weniger industriell produzierte Güter konsumiert und mehr Güter dezentral-eigentätig, jenseits des Markts, für den Eigengebrauch hergestellt. Damit verbunden ist eine abnehmende Bedeutung großindustrieller Produktion und zentraler staatlicher Dienstleistungen, möglicherweise weniger freie Zeit, dafür mehr Befriedigung aus außerberuflicher Tätigkeit und ein umweltfreundlicherer Umgang mit materiellen Gütern und Ressourcen.

Die gegenwärtige Entwicklung spricht allerdings weder für die eine noch für die andere Projektion. Zu beobachten sind vielmehr einige andauernde Wandlungsprozesse im Konsum, die sich auf vier Ebenen beschreiben lassen: der Ebene der Ausstattung der Haushalte mit Sachkapital oder langlebigen Gebrauchsgütern; der Ebene des technischen Niveaus der Haushaltsproduktion; der Ebene der häuslichen Kompetenzen von Verbrauchern; und der Ebene eines neuen, der Produktion jenseits des Markts dienenden tertiären Sektors. Trends auf allen vier Ebenen führen weg sowohl von der Dienstleistungsgesellschaft der Meliorationstheorien industrieller Gesellschaften als auch von der Gesellschaft freiwilliger Einfachheit der Umkehrtheorien. (Eine Kritik beider Theorietypen findet sich insbesondere bei Gershuny, 1981.)

Zur Entwicklung des Sachkapitals der Haushalte

In den vergangenen Jahrzehnten haben Verbraucher mit Hilfe langlebiger Gebrauchsgüter mehr und mehr Endgüter und -dienstleistungen selbst kapitalintensiv hergestellt, die sie früher am Markt gekauft oder eben gar nicht verbraucht haben. Gershuny (1981) beispielsweise hat für England den Anteil der Haushaltsausgaben für substituierbare Dienstleistungen errechnet. Demnach haben britische Haushalte ihr für diese Kategorien verfügbares Einkommen 1954 zu 69,7%, 1974 nur noch zu 30,3% auf kommerzielle Dienstleistungen verwendet, während 1954 20,2%, 1974 dagegen bereits

79,8% für den Kauf Dienstleistungen substituierender Sachgüter verwendet wurden. Untersuchungen für die Bundesrepublik haben inzwischen entsprechende Ergebnisse erbracht (Schmitt, 1980). Der Bestand an Kapitalgütern in deutschen Haushalten liegt heute weit über dem, was früher größere Handwerksbetriebe benötigten oder was gegenwärtig an Investitionskosten für einen durchschnittlichen Arbeitsplatz in der Industrie veranschlagt wird (hierzu und zum folgenden Joerges, 1981a).

Zum technischen Niveau der Haushaltsproduktion

Dem entspricht ein ständig höheres technisches Niveau der Haushalte, d. h. Gebrauchsgüter nehmen mehr und mehr den Charakter anspruchsvoller Maschinen und Produktionsmittel an, die dazu zwingen, häusliche Tätigkeiten - von der Beschaffung über den Betrieb bis zur Beseitigung und zum Ersatz von Ge- und Verbrauchsgütern - arbeitsförmig zu organisieren, jedenfalls dann, wenn man eine effiziente, technisch und ökonomisch adäquate Nutzung unterstellt.

Zur Professionalisierung des Verbraucherverhaltens

Aus dem Erfordernis einer technisch-ökonomisch adäquaten Nutzung ergibt sich, daß Verbraucher lebenslang lernen müssen, mit mehr und technisch aufwendigeren Ge- und Verbrauchsgütern kompetent umzugehen. Sie müssen kompetent, gelegentlich quasi-professionell in Abhängigkeit von ihren Einkommenschancen und -erwartungen ihre längerfristigen Bedarfe planen und in Käufe umsetzen, sie müssen finanzieren und verwalten, und sie müssen generalistisch und gelegentlich auch schon hochspezialisiert die einzelnen Anlagen und Systeme von Konsumgütern, die den häuslichen Betrieb ausmachen, unterhalten, instandhalten und entsorgen. Der Umstand, daß es sich um ein Management von Gütersystemen handelt, nicht einer Menge von Einzelgütern - man denke etwa nur an die Skiausrüstung einer fünfköpfigen Familie über einen Zeitraum von beispielsweise fünf Jahren - wird dabei in der einschlägigen Forschung zu wenig beachtet.

Wie vergleichende Zeitbudgetstudien belegen, hat sich die Frauenarbeitszeit im Haushalt weder durch eine Verkürzung beruflicher Arbeitszeit noch durch die Kapitalisierung der Haushalte merklich verringert (Uusitalo, 1980). Es ist anzunehmen, daß die Rückverlagerung produktiver und distributiver Tätigkeiten aus der Marktwirtschaft und dem öffentlichen Versorgungssystem in die Haushalte und ein daraus resultierender Professionalisierungsdruck bei genauerem Hinsehen auch einen wachsenden Anteil der "Freizeit" männlicher Haushaltsmitglieder beansprucht bzw. die Bereitschaft von Verbrauchern erhöht, häusliche Tätigkeiten und Kompetenzen weiter in Eigenarbeit substituierende Sachgüter zu verlagern. Eine entsprechende, vom Produktionssystem insbesondere im Bereich weißer und brauner Ware und im Verkehrsbereich vorangetriebene Automatisierung und Computerisierung der Haushaltsproduktion wird ihrerseits neue, übergeordnete dispositiv und informationsverarbeitende Tätigkeiten erfordern (Nowotny, 1981).

Zum tertiären Sektor in der Haushaltsproduktion

Bereits heute bedienen sich die Haushalte einer großen Zahl professioneller Dienste, um ihr Netto an freiverfügbarer Zeit trotz wachsender Arbeitsleistungen in der Haushaltsproduktion aufrechterhalten zu können und um sich die zur Aufrechterhaltung des Verbrauchs erforderlichen Kompetenzen zu verschaffen. Man denke an die Verbraucherinformations- und Beratungsdienste, die ja auch schon teilweise in von Verbrauchern zu bedienende Sachanlagen verlegt werden (Stichwort Bildschirmtext), an die Rechtsschutz- und Steuerberatung, die Versicherungs- und Kundendienste, die Wartungs- und Entsorgungsdienste, deren gut geführte Haushalte bedürfen. Gershuny (1981) hat bereits darauf hingewiesen, daß ein Teil des verbleibenden Wachstums im tertiären Sektor dem technologieintensiven Entwicklungssektor des gebrauchsgüterproduzierenden sekundären Sektors zugerechnet werden muß. Zu einem weiteren Teil, so kann man hinzufügen, muß er dem Sektor Haushaltsproduktion jenseits des Markts zugerechnet werden. Wenn diese Entwicklung noch wenig

beachtet wird, so liegt das zunächst daran, daß die amtliche Statistik den Haushaltsproduktionssektor ja gar nicht adäquat erfaßt.

Insgesamt ergibt sich eine Entwicklung zu einer tendenziell industrialisierten Haushaltsproduktion, einer "Eigendienstleistungsökonomie" (Gershuny, 1981) oder "Selbstbedienungsgesellschaft" (Nowotny, 1981), auf die herkömmliche Konsumbegriffe, insofern sie den Aspekt der Konsumarbeit ausblenden, nicht mehr so recht passen.

Das Beispiel Energie

Die Entwicklungen und Anforderungen im Bereich des häuslichen Energieverbrauchs liefern reichlich Anschauungsmaterial für diese Beobachtungen. Im vergangenen Jahrzehnt haben sich hier, im Bereich der besonders kapitalintensiven Heizungsanlagen, tiefgreifende Veränderungen ergeben, insbesondere ein weitgehender Übergang von festen auf flüssige und leitungsgebundene Energieträger, ein Übergang von Einzelöfen zu selbstbetriebenen Sammelheizungen in Eigentümerhaushalten und zu fremdbetriebenen Sammelheizungen in Mieterhaushalten, sowie ein stetig ansteigender Primärenergieverbrauch (vgl. im einzelnen Joerges & Kiene, 1981): Im kommenden Jahrzehnt wird hier, mit der Einführung energiesparender Haus- und Heizsysteme, dem Ersatz ölbefuerter Anlagen, dem Übergang zu neuen Technologien wie Wärmepumpen, dezentralen Kraftwärmemaschinen u. ä. ein weiterer massiver Kapitalisierungsschub eintreten.

Einen Hinweis auf die Veränderungen im technischen Niveau energieverarbeitender Anlagen in den Haushalten gibt die stetige Verbesserung der Wirkungsgrade (Verhältnis von eingesetzter Sekundärenergie und effektiv genutzter Endenergie) der haushaltsinternen Heizungs- und Warmwasseranlagen, die man als Indikator für die Substitution von Rohstoffen durch Technologie in den Haushalten nehmen kann. Dieser Verbesserung im haushaltsinternen Wirkungsgrad entspricht im übrigen eine Verschlechterung der haushaltsexternen Wirkungsgrade der Energieerzeugungssysteme (Verhältnis von eingesetzter Primärenergie und an die Haushalte gelieferter Sekundärenergie), so daß per saldo keine Verbesserung im gesamtsystemaren technischen Niveau, gemessen an der Effizienz der Energieumwandlung, eingetreten ist. Dieser Umstand wirft ein besonderes Licht auf die Argumente der Vertreter eines "weichen" Pfads in der Energiepolitik (Lovins, 1977; Strümpel, 1978), das heißt einer weitgehenden Verlagerung von Energiedienstleistungen aus einem ineffizienten Markt- und öffentlichen Versorgungssystem in die Haushalte auf dem Weg dezentral bereitgestellter und umgewandelter erneuerbarer Energieträger (Sonne) und haushaltsinterner Energiespartechnologien. In dem Maß, in dem dieser Weg beschritten wird, ist mit der Verbreitung integrierter Energiegewinnungs- und anspruchsvoller Regelungs- und Meßsysteme zur Erleichterung erforderlicher Konsumarbeiten ein erheblicher haushaltstechnischer Innovationsschub zu erwarten.

Man kann sich die erforderlichen Kompetenzen bei Verbrauchern leicht vor Augen führen, wenn man das Energiesparproblem der Haushalte nicht auf eine Frage der geschickten Kaufentscheidung bei einzelnen Geräten und Energieträgern reduziert, sondern als komplexes Problem der Bedarfs- und Investitionsplanung, der Kaufentscheidung und der Betriebsführung nach Investitions- und Kaufentscheidung begreift. Absehbare Entwicklungen im Energiesektor und die Planungen der Energiepolitiker und -versorger stellen ja Haushalte vor die Aufgabe, im kommenden Jahrzehnt ihren Energieverbrauch - ohne "Komfortverlust", wie in der Regel gesagt wird - allmählich zu halbieren. Die Entscheidungssituation, vor der Haushalte dabei stehen, ist beispielsweise durch folgendes gekennzeichnet. Die Ölgesellschaften werden bis zum Jahr 2000 den Markt für privatverfeuerte Erdölprodukte praktisch schließen. Die Regierungen steuern einen ähnlichen Kurs. Zahlreiche Industriebranchen setzen auf langfristige Marktchancen im Bereich energietechnischer Innovationen: regelungs- und maßtechnische Einrichtungen, bautechnische Verbesserungen und Modernisierungsmöglichkeiten, automobiltechnische Neuerungen dringen bereits heute auf den Markt. In Bereichen wie Wärmedämmung, Einbau von Thermostatventilen, Einbau bivalenter oder Zweitheizungsanlagen haben Verbraucher bereits massiv reagiert oder infolge einer massiven Ausschachtung des Energiearguments in der Verbraucherwerbung überreagiert. Öffentliche Anreize und Belohnungen für potentiell energiesparende Investitionen kommen hinzu. Das Bild wird abgerundet durch einen Blick auf die Auslagen eines gut sortierten Kiosks: hier steht eine Flut

durch einen Blick auf die Auslagen eines gut sortierten Kiosks: hier steht eine Flut von Informations- und Qualifikationsangeboten zur Auswahl, die einzel- und gesamtwirtschaftlich vernünftige und kompetente Lösungen von Haushaltsenergieproblemen in Aussicht stellen.

Haushalte, die sich für eine kapitalintensive, technisch fortschrittliche Lösung ihrer Energieprobleme entscheiden, stehen damit vor einer Situation, in der selbst professionelle Betriebsberater größte Schwierigkeiten hätten, für das Energiesparproblem eines konkreten Haushalts beispielsweise auf zehn Jahre angelegte vernünftige, rationelle und angemessen risikofreie Lösungen zu erarbeiten. Gerade für energie- und preisbewußte Haushalte wird die Entscheidung für solche Lösungen daher vielfache Abhängigkeiten von professionellen Zusatzdienstleistungen (Steuerberatung, Rechtsschutz- und Verbraucherschutzberatung, Wartungsdiensten u. ä.) mit sich bringen. Ein vorläufiger Höhepunkt dieser Entwicklung dürfte dann erreicht sein, wenn in größerem Umfang dezentrale, haushaltsinterne Formen der Beschaffung von Wärme und Kraft im Netzverbund organisiert werden, wenn also Haushalte beginnen, untereinander und mit einem zentralen Netzträger Energie zu tauschen und zu verrechnen.

WAS BEDEUTET DIESE ENTWICKLUNG FÜR DIE UMWELT?

Wenn die These von der Industrialisierung der Hausarbeit richtig ist, dann bedeutet das zunächst, daß ein wachsender Anteil der Umweltbelastungen aus dem Verfügungsbereich der Haushalte kommt. Das gilt für alle im Umweltproblem verankerten Belastungsarten, also für:

- die Beanspruchung der *Rohstoffe* durch den Rohstoff- und Energiegehalt von Gütern, durch nicht-rückgeführte Abfälle und durch den Verbrauch nicht-erneuerbarer Energieträger,
- die Belastung *natürlicher Ökosysteme* durch eine Verschmutzung der Medien Luft, Wasser, Böden,
- *gesundheitliche* Belastungen durch Schadstoffe in Nahrungsmitteln oder auch physiologische Reaktionen auf ungesunde Wohn- und häusliche Arbeitsumwelten,
- *psychische* Belastungen durch Rationalisierungs- und Sparzwänge im Haushaltsbereich,
- *soziale* Belastungen durch all dies, durch wachsende soziale Disparitäten im Bereich der Haushaltsproduktion, durch zu erwartende staatliche Eingriffe in bislang wenig tangierte Lebensbereiche u. ä.

Allerdings muß man nicht nur nach dem Anteil der Haushalte an den Gesamtumweltbelastungen fragen. Interessanter ist die Frage, ob - gewissermaßen pro produziertem Endgut - von den Haushalten selbst produzierte Güter die Umwelt mehr oder weniger belasten als industriell-gewerblich produzierte Güter. Beansprucht die Waschmaschine je Dienstleistung mehr oder weniger Rohstoffe, Energien und Wasser als die Wäscherei? Beansprucht das eigene Auto mehr Luft, Energie und Ruhezeiten als das öffentliche Verkehrsmittel, die Energiebox im Keller mehr als das Kraftwerk? Beansprucht der selbst organisierte Urlaub mehr Energie und Natur als die Pauschalreise?

Eine noch in den Kinderschuhen steckende Forschung über ökologische Implikationen des Konsumverhaltens (vgl. sehr früh Meynaud, 1956, später Katona, Strümpel & Zahn, 1971, zum Postulat einer solchen Forschung; weiter etwa Bruhn, 1979; Joerges, 1981b; Raffée, 1979; Strümpel, 1977; van Raaij, 1979; speziell zum Bereich Energie Baum & Singer, 1981; Seligman & Becker, 1981) erlaubt empirisch belegte Antworten auf solche Fragen vorerst kaum. Folgendes Hypothesenschema läßt sich indessen formulieren: Hinsichtlich der Rohstoff- und Medienbelastung wird die Haushaltsproduktion relativ umweltbelastender sein als vergleichbaren Endgütern dienende industriell-gewerbliche Produktionsprozesse, wenn sie je produziertem Endgut mehr Sachkapital einsetzt, auf niedrigerem technischen Niveau arbeitet, weniger kompetent organisiert und umweltpolitisch weniger rigoros reguliert ist durch Normen, Auflagen, Ge- und Verbote. Hinsichtlich der psychischen und sozialen Belastungen ist dagegen ein *umgekehrter* Zusammenhang zu vermuten.

Ein vereinfachtes Beispiel aus dem Energiebereich: Würde man für häusliche Waschautomaten und für gewerbliche Wäschereien Belastungskriterien wie Energieeinsatz in der Produktion, spezifischer Energieverbrauch, Abwärmeverluste, Energiekosten der Gerätebeseitigung und andere

Medienbelastungen je geeignet definierter Reinigungsleistung betrachten, dann dürften die meisten Haushalte relativ schlecht abschneiden, weil sie ihre Waschvorgänge kapitalintensiver, möglicherweise technisch ineffizienter, arbeitsorganisatorisch weniger rationell und umweltpolitisch weniger strikt reguliert durchführen als Wäschereien. In dem Maß, in dem strukturelle Zwänge sowie preis-, umwelt- und verbraucherpolitische Maßnahmen zu einer weitergehenden Rationalisierung der privaten Energieverwendung führen, dürften umgekehrt die psychischen und sozialen Belastungen steigen.

WELCHE UMWELTPOLITISCHEN KONSEQUENZEN SIND ZU ERWARTEN?

Sollten diese Vermutungen richtig sein und sich auf andere Tätigkeitsbereiche von Verbrauchern verallgemeinern lassen, was spezieller Untersuchungen bedürfte, dann ließe sich daraus zweierlei ableiten. Einmal ein überproportional zum Wachstumsbeitrag der Haushaltsökonomie steigender Beitrag der Haushalte zur Umweltbelastung. Zum anderen ein wachsender umwelt- und verbraucherpolitischer Bedarf an Maßnahmen zur Verringerung haushaltsbedingter Umweltbelastung und ihrer Folgekosten für die Haushalte. Bevor ich auf einige verbraucherpolitische Konsequenzen komme, eine Überlegung zu den umweltpolitischen Auswirkungen.

Wenn der Haushaltsbereich für die Umweltpolitik an Bedeutung gewinnt, dann stellt sich vor allem die Frage erfolgversprechender *Strategien* in einem typischerweise "weichen" Implementationsbereich, und zwar gegenwärtig, entsprechend der Zuständigkeit des Innenministeriums als verantwortlichem Ressort, vorwiegend auf der zweiten der oben (S. 315) genannten Ebenen, also der Reduzierung konsumbedingter Belastungen natürlicher Medien: der Luftverschmutzung durch Hausbrand und das private Automobil, der Belastung durch häusliche Abfälle und Abwässer, der freizeitbedingten Landschaftsbelastung, der Lärmbelästigung etc. Unter Strategien sollen hier bestimmte Kombinationen von Zielen, Interventionsinstrumenten und Interventionsbereichen verstanden werden, die im politischen Prozeß auszuhandeln sind.

Auf der Ebene der *Ziele* stellt sich vor allem die Frage der Vereinbarkeit umweltpolitischer Ziele mit allgemein industrie-, arbeitsmarkt- und wachstumspolitischen Zielen. Will man beispielsweise den staatlichen und großindustriellen Energiesektor ausdünnen und konsequent auf eine Politik dezentralen Energiesparens setzen, dann wird man für den Haushaltsbereich andere umweltpolitische Ziele definieren als im Fall einer Energiepolitik, die auf ein Wachstum der großindustriell organisierten nationalen Energieproduktion abhebt.

Am anderen Ende des politischen Prozesses sind dann Interventionsbereiche zu identifizieren, wobei sich die Unterscheidung dreier Faktorenkomplexe anbietet: (a) der Komplex der materiell-technischen Ausstattung der Haushalte, also z. B. die Beschaffenheit und Funktionsweise energietechnischer Anlagen samt energetisch relevanter baulicher Gegebenheiten und Anschlüsse an haushaltsexterne Energieversorgungssysteme; (b) der Komplex institutioneller Regelungen, an die Erwerb und Gebrauch haushaltstechnischer Anlagen gebunden sind, also z. B. die Anschluß- und Abnahmeregelungen der Energieversorgungsunternehmen, die bau- und mietrechtlichen Bestimmungen, die Preis- und Tarifverhältnisse u. ä.; (c) schließlich der Komplex der Verhaltensbereitschaften und Kompetenzen von Verbrauchern selbst, also z. B. die Motivation zum Energiesparen, das Verständnis der Funktionsweise energietechnischer Anlagen, das Preisinteresse und Preisbewußtsein beim Geräte- und Betriebsmittelkauf, die Erwartungen an die Qualität des städtischen Raums.

Einigermaßen unabhängig davon, in welche dieser Komplexe beispielsweise ein Energiesparprogramm eingreift, ergibt sich dann die Frage geeigneter Interventionsinstrumente. Will man etwa heizungsbedingte Umweltbelastungen durch eine Verbesserung der technischen Ausstattung der Haushalte reduzieren, kann man das wahlweise durch forschungspolitische, gesetzliche oder steuerpolitische Maßnahmen tun, die sich auf das Angebot entsprechender Geräte am Markt auswirken, oder über preispolitische, informationspolitische oder gesetzliche Maßnahmen, die sich auf die Ausgestaltung von Mietverträgen auswirken. Will man die Motivationslage und die Kompetenz

von Verbrauchern verbessern, dann kann man das in ähnlicher Weise unmittelbar durch Verbraucherinformation, aber auch indirekt durch gesetzliche oder preispolitische Maßnahmen tun.

Der Sektor Haushaltsökonomie war bislang kaum Gegenstand einer geschlossenen staatlichen Umweltpolitik. Welchen Weg diese Politik hier in Zukunft beschreiten will, dürfte daher von hohem verbraucherpolitischem Interesse sein. Ich vermute, daß sich eine Strategie herausbilden wird, die - was die Ziele angeht - nach wie vor in dem Sinn "industriellastig" bleibt, als das industriepolitische Ziel eines "qualitativen Wachstums durch innovativen Wandel" (vgl. für den Energiebereich Meixner, 1980) und die daraus resultierende Notwendigkeit einer Konzentration der Umweltpolitik auf das Management komplexer ökologischer Risiken (Coppock, 1981) vorrangig bleiben werden. Was die Instrumente und Interventionsebenen angeht, ergibt sich daraus eine Strategie, die vorrangig auf "freiwillige" technische Innovationen bei Herstellern von Ge- und Verbrauchsgütern und damit auf eine weitere Modernisierung der materiell-technischen Strukturen setzt, begleitet vermutlich von einer schrittweisen Durchforstung und Novellierung einschlägiger Gesetze unter Umweltschutz- und Energiespargesichtspunkten, die im übrigen durchaus miteinander in Konflikt geraten können. Erst in letzter Linie, so die Vermutung, dürfte auch eine mehr oder weniger konsequente Intensivierung der Verbraucherinformationspolitik in Richtung auf "umweltbewußte" Formen des Verbrauchs eine gewisse Rolle spielen.

Dieser letzten Komponente einer *umweltpolitisch orientierten Verbraucherinformationspolitik* gilt der Rest dieses Beitrags. Die Beschränkung der Diskussion auf das Instrument Information hat dabei zwei recht entgegengesetzte Gründe. Zum einen gilt die Informationspolitik immer noch als der Königsweg der Verbraucherpolitik. Das dürfte teilweise eine Folge struktureller Einschränkungen sein, die der Verbraucherpolitik effektivere Formen der Stärkung der Verbraucherposition verwehren, teilweise Folge eines durchaus fragwürdigen Bildes von der Wirkungsweise der Verbraucherinformation im Bereich der Hersteller von Konsumgütern (Czerwonka & Schöppe, 1981). Wie dem auch sei, ein guter Teil der knapper werdenden öffentlichen Mittel für verbraucherpolitische Programme geht in die Verbraucherinformation. Zum anderen beginnt tatsächlich die Verfügung über Information und Informationstechnologien auch im Haushaltsbereich eine Schlüsselstellung in der Verfügung über alle anderen Güter und Dienstleistungen zu gewinnen. Der Verbraucherinformationspolitik werden damit neue Aufgaben (insbesondere Information über die Struktur der Informationsmärkte, die Kosten der Information und die nicht am Markt aufscheinenden Kosten der Haushaltsproduktion) zuwachsen. Sofern eine neue, auf die bessere Versorgung von Verbrauchern mit der "Ware Information" zielende Verbraucherinformationspolitik vorrangig an einer Steigerung der Innovationsfreudigkeit und des Wettbewerbs der Haushalte untereinander orientiert sein wird, werden sich soziale Disparitäten in der Verfügung über Information als bedenkliches Folgeproblem der Verbraucherinformationspolitik ergeben (dazu Nowotny, 1981).

WAS KANN VERBRAUCHERINFORMATIONSPOLITIK LEISTEN?

Ist es also möglich, durch Verbraucherinformation die Versorgung von Verbrauchern mit umweltverträglichen Gütern zu verbessern? Wie kann insbesondere ein Kernstück der Verbraucherinformation, der Qualitätsvergleich von Produkten zwecks Verbesserung von Transparenz der Situation und der Effizienz des Verhaltens von Verbrauchern zu diesem Ziel beitragen? Die Beantwortung dieser Fragen wird auf eine Neufassung des Konzepts der *Gebrauchstauglichkeit von Gütern* unter Einbeziehung *ökologischer Kriterien* und auf eine *entsprechende Erweiterung der Instrumente einer neutralen Verbraucherinformation* hinauslaufen. Um diesen Aufgaben näherzukommen, muß man zunächst die Problemlage genauer herausarbeiten, vor der sich Verbraucher aus einer ökologischen Perspektive sehen. Drei Aspekte dieser Problemlage sollen angesprochen werden: (a) ein gewisser Zielkonflikt zwischen Umwelt- und Verbraucherpolitik, (b) eine über Kaufentscheidungen weit hinausgehende Komplexität in Frage stehender Verbraucherentscheidungen und (c) schichtspezifische Unterschiede in der Versorgung mit umweltverträglichen Konsumgütern.

Widersprüche zwischen Umwelt- und Verbraucherpolitik?

Verbraucherpolitik, so könnte man schlagwortartig sagen, soll Konsumenten eine faire Chance gegenüber Übervorteilungen durch Anbieter auf schlecht funktionierenden, "vermachteten" Märkten verschaffen. Ähnlich könnte man formulieren, daß Umweltpolitik nicht-menschlichen Umwelten, aber auch menschlichen Gütern wie der Gesundheit u. ä. eine faire Chance gegenüber *jedweder* wirtschaftlich-technischen Überbeanspruchung verschaffen soll, ob sie nun von Anbietern oder von Verbrauchern zu verantworten ist. So gesehen besetzen Umweltpolitik und Verbraucherpolitik immer etwas unterschiedliche Positionen in einem Interessendreieck Anbieter/Verbraucher/Umwelt. Dennoch ist der Gegensatz zwischen Verbraucherinteressen und Umweltinteressen nicht von derselben Art wie der Interessengegensatz Verbraucher gegen Anbieter. Und zwar deshalb, weil es in aller Regel möglich und sinnvoll ist, Umweltinteressen als langfristige und kollektive Verbraucherinteressen zu begreifen. Während also die Durchsetzung von Verbraucherinteressen gegenüber Anbietern in "vermachteten" Situationen die Position von Anbietern effektiv schwächt, läßt sich immer argumentieren, daß die Durchsetzung von Umweltinteressen nicht nur gegenüber Anbietern, sondern ebenso gegenüber Verbrauchern selbst, indirekt eine Stärkung der Verbraucherposition beinhaltet.

Dennoch kann kein Zweifel daran bestehen, daß in zahlreichen konkreten Problemsituationen Verbraucher und ihre politischen Vertreter Positionen einnehmen, die mit umweltpolitischen Positionen nicht in Einklang zu bringen sind. Umweltpolitisch wünschbare und notwendige Programme im Energiebereich, beispielsweise die Eindämmung des privaten Automobilverkehrs, die kostengerechte Preisbildung bei Energieträgern, die Verschärfung der Bestimmungen im Hausbrandbereich, werden auf der Tagesordnung von Verbraucherorganisationen oder Verbraucherpolitikern ganz unten oder überhaupt nicht rangieren.

Es ergibt sich somit ein je nach Lage der Dinge mehr oder weniger eingeschränktes Feld von Verbraucherproblemen, in dem Verbraucher bereit sind, Umweltqualität und die Auswirkung von Güterproduktion und -konsum auf die Umwelt in ihre Präferenzen und Kalküle einzubeziehen, und in dem damit auch Umwelt- und Verbraucherpolitik mehr oder weniger weite Strecken zusammen gehen können. Diese Bereitschaft bei Verbrauchern zu fördern und nützliche Informationen für ihre Umsetzung in effektives Verhalten bereitzustellen, wäre die Aufgabe einer ökologisch aufgeklärten und vorausschauenden Verbraucherinformationspolitik. Mehr oder weniger latente Konfliktlagen zwischen umweltpolitischen und verbraucherpolitischen Positionen werden dabei eine rein instrumentelle Orientierung von Informationsprogrammen schwierig oder unglaubwürdig machen. Die Wahl z. B. von Testgütern, -kriterien und -gewichten wird schwieriger und begründungsbedürftiger werden, wenn umweltpolitische Vorgaben in ein Programm vergleichender Warentests einbezogen werden.

Die Komplexität ökologisch mitbestimmter Verbraucherentscheidungen

Selbst unter der Voraussetzung eines weitgehenden Einklangs umwelt- und verbraucherpolitischer Positionen führt eine wie immer bewerkstelligte Einbeziehung von Umweltkosten in hauswirtschaftliche Entscheidungsprozesse zu einer außerordentlichen Steigerung der Komplexität in Frage stehender Entscheidungen. Die Härte der Restriktionen, denen die Herausbildung umweltgerechter Konsumpräferenzen und ihre Umsetzung in umweltgerechtes Verbraucherverhalten unterliegt, wird damit unmittelbar deutlich. Verbraucherinformation zielt gegenwärtig primär auf eine bessere Versorgung von Verbrauchern mit Informationen über Preis und Gebrauchstauglichkeit von Gütern vor dem Kauf und damit auf eine Verbesserung von *Kaufentscheidungen* ab. Maßgeblich für Qualitätsurteile in vergleichenden Warentests beispielsweise sind die Kaufpreise und die Gebrauchswerte im Sinn mehr oder weniger komplexer und objektivierbarer Attribute der Güter zum Zeitpunkt ihrer Marktentnahme. Wenn man aber speziell die Versorgung von Verbrauchern mit umweltverträglichen Gütern und "Umweltgütern" verbessern und Einfluß auf relevante Verbraucherentscheidungen nehmen will, dann stellt sich eine erheblich erweiterte Informationsaufgabe.

Zunächst kann man sich nämlich nicht damit begnügen, Kaufentscheidungen zu beeinflussen, sondern man muß sich mit *Kauffolgeentscheidungen*, d. h. mit dem Gebrauch von Gütern, befassen. Güter haben ja nicht fixe Gebrauchswerte für einen fiktiven Durchschnittsverbraucher, sondern Güter werden positiv oder negativ gebraucht, je nach den Umständen. Und Güter haben nicht nur einen Einstandspreis, sondern auch gebrauchsbabhängige Folgekosten. Bei den Folgekosten ist wieder zu unterscheiden zwischen Kosten, die vom Verbraucher direkt, über andere Märkte, zu entrichten sind, und Kosten, die in irgendeiner Form "sozialisiert" werden.

Weiter kann sich eine ökologisch orientierte Verbraucherinformation nicht damit begnügen, Marktentscheidungen zu verbessern, sondern sie muß sich mit Konsumentenentscheidungen unter den Bedingungen anderer Verteilungssysteme befassen. Da sind zunächst die sogenannten "freien Güter", die augenscheinlich "von der Natur zur Verfügung gestellt" werden, wie Luft und Gewässer, Flora und Fauna, der eigene Körper. Da sind dann aber vor allem die öffentlich bereitgestellten und finanzierten Güter meist kollektiver Art, wie z. B. der öffentliche Verkehr, die leitungsgebundene Energieversorgung, die Versorgung mit Wohnfolgeeinrichtungen und Telekommunikation. Spätestens wenn man sich über das Kaufverhalten hinaus auch für das Gebrauchsverhalten bei einem bestimmten Gut, beispielsweise einer Waschmaschine, zu interessieren beginnt, sieht man, daß zur adäquaten und nützlichen Verwendung fast aller Güter die Beschaffung und wiederum die adäquate Verwendung nicht über Märkte vermittelter und kollektiver Güter notwendig hinzutreten müssen. Gerade im Energieverbrauch sind die Möglichkeiten eines umweltfreundlichen Verbrauchsverhaltens weitestgehend gebunden an die Kosten und Attribute derartiger notwendig hinzutretender öffentlicher Güter; man hat es hier immer mit den Kosten und der Gebrauchstauglichkeit von Gütersystemen zu tun, deren Komponenten sehr unterschiedlichen Verteilungssystemen entnommen werden.

Schließlich fallen Umweltbelastungen nicht nur nach der Entnahme von Gütern aus dem einen oder anderen Verteilungssystem, sondern auch in ihrer Produktion an. Produktionsseitige Umweltbelastungen nehmen Verbraucher in der Regel um so ungerührter in Kauf, als sie oft nichts mit der unmittelbaren Gebrauchstauglichkeit eines Produkts zu tun haben und als sie sich oft günstig auf den Kaufpreis auswirken. Dennoch müssen unter ökologischen Gesichtspunkten die in der Produktion verursachten Umweltbelastungen einem Gut zugerechnet werden: Entweder man muß ihre Vermeidungskosten dem Gut zurechnen, oder man muß die Minderung der Gebrauchstauglichkeit anderer Güter, zum Beispiel Luft, Wasser, Landschaft, städtischer Lebensraum, anderweitig in Rechnung stellen.

Wenn Verbraucherinformation also zur besseren Versorgung mit umweltverträglichen Gütern beitragen soll, wird sie sich nicht nur auf die Verbesserung von Markttransparenz beschränken können. Hinzu kommen muß eine Verbesserung der Transparenz von Güterverwendungs- und Haushaltsproduktionsprozessen jenseits des Markts, eine Verbesserung der Transparenz nichtmarktlicher Versorgungsprozesse und eine Verbesserung der Transparenz von Produktionsprozessen diesseits des Markts oder anderer Verteilungssysteme.

Angewandt auf die Waschmaschine oder richtiger ein "Informationsprogramm Waschen" würde das etwa bedeuten, daß zunächst in vergleichenden Warentests ökologisch relevante Attribute der Geräte (wie Normverbrauch von Energie und Wasser, Abwärmewerte, Lebensdauer, Reparaturfreundlichkeit, Rückführbarkeit u. ä.) verstärkt einbezogen bzw. anders gewichtet werden. Zusätzlich wären Information und Anleitung bereitzustellen zu (a) nicht am Gerät ablesbaren Gebrauchsbedingungen wie Arbeitsorganisation im Haushalt, institutionellen Beschränkungen umweltverträglicher Verwendungsweisen oder Anreizen zu umweltbelastenden Verwendungsweisen etc., (b) Systemeigenschaften wie Anschlußbedingungen, Recycling-Einrichtungen etc., (c) produktionsseitigen Faktoren wie Rohstoff- und Energieeinsatz in der Herstellung, gegebenenfalls auch zur Umweltfreundlichkeit der Herstellerunternehmen im Sinne einer Umweltaspekte Einbeziehungen Sozialbilanzierung (vgl. dazu Dierkes & Hoff, 1981) u. ä.

Schichtspezifische Unterschiede in der Versorgung mit umweltverträglichen Gütern

Ein dritter Aspekt der Problemlage von Verbrauchern sind soziale Disparitäten im Hinblick auf die Chance und die Bereitschaft zu einem ökologisch adäquaten Verbrauchsverhalten. Sogenannte marginale Verbraucher, das wissen wir, bezahlen mehr für dieselbe Qualität bei zahlreichen Gütern als besser gestellte Verbraucher. Betrachtet man zum Beispiel im Fall Energie nicht nur Marktpreise, sondern betrachtet im Sinn der eben geforderten Ausweitung die aus einem gekauften Stück Energieträger im Haushalt tatsächlich realisierte nützliche Endenergie und berechnet entsprechende Schattenpreise, dann erweitert sich die Spanne zwischen einkommensschwachen und bessergestellten Haushalten noch erheblich. Eigene Berechnungen haben ergeben, daß 1976 der Preisvorteil von Haushalten mit höherem Einkommen gegenüber Rentner- und Sozialhilfehaushalten auf der Stufe der Endenergiedienstleistungen im Haushalt 31% betragen hat (Joerges, 1979, S. 163-164; dazu auch Aird, 1977). Der Hauptgrund dafür ist, daß marginale Verbraucher nicht nur ineffektiver kaufen, sondern gekaufte Güter auch ineffektiver verwenden und im Hinblick auf die Verfügbarkeit notwendig hinzutretender nicht-marktlich vermittelter Zusatzgüter ebenfalls schlechter gestellt sind. Bezieht man dann noch die Produktionsseite mit ein, indem man berechnet, wie viel Primärenergie marginale Verbraucher beanspruchen, um mittels gekaufter Sekundärenergieträger und Geräte eine Einheit nützlicher Endenergie im Haushalt bereitzustellen, dann ergibt sich auch hier, daß sie deutlich mehr Primärenergie beanspruchen als besser gestellte Haushalte. Wiederum sind die Gründe dafür darin zu sehen, daß sozial schwächere Haushalte sich gezwungen sehen, auf Energieversorgungssysteme zurückzugreifen, die auf der Produktionsseite besonders hohe Umwandlungsverluste mit sich bringen (vgl. dazu Joerges & Kiene, 1981, S. 161-166).

TABELLE 1
*Umweltbewußtsein und soziale Position**

	Einstellung zum Problem Wissenschaft und Technik		Einstellung zum Problem Rohstoffe und Energie	
	freundlich %	feindlich %	sorglos %	besorgt %
<i>Schicht (subjektiv)</i>				
Unterschicht	↑ 48,7	↓ 33,2	↑ 38,1	↓ 40,8
Untere Mittelschicht	↑ 40,1	↓ 39,3	↑ 39,1	↓ 40,8
Mittelschicht	↑ 37,8	↓ 40,4	↑ 40,8	↓ 37,8
Oberschicht	↑ 26,7	↓ 66,6	↑ 33,8	↓ 46,7
<i>Haushaltseinkommen</i>				
unter 1500	↑ 46,3	↓ 37,7	↑ 46,4	↓ 31,8
1500-3000	↑ 39,9	↓ 40,7	↑ 37,2	↓ 40,9
3000-4500	↑ 38,6	↓ 38,0	↑ 40,3	↓ 40,6
4500-6000	↑ 39,7	↓ 41,8	↑ 37,6	↓ 47,9

* Berechnet nach Daten aus Fietkau, Kessel und Tischler (1981)

Marginale Verbraucher bekommen aber nicht nur für ihr Geld schlechtere Energiequalität und belasten die Umwelt gleichzeitig relativ stärker, auch der Konflikt zwischen einem Interesse an der Erhaltung natürlicher Umwelten und dem Interesse an einer Verbesserung ihres materiellen Lebensstandards stellt sich für sie anders dar als für besser gestellte Verbraucher. Bedürfnislagen, in denen Umweltqualität wichtig wird, entwickeln offenbar vor allem Ober- und Mittelschichtverbraucher, Gruppen also, deren Konsumstil in absoluten Größen erheblich mehr zur Umweltbelastung beiträgt als der marginaler Verbraucher (Uusitalo, 1981). Die vordringlichen Bedürfnisse weniger gut gestellter Verbrauchergruppen, die ohnehin mehr für Umweltgüter bezahlen, liegen oft ganz anders-

wo. Tabelle I gibt einige Hinweise auf der Basis repräsentativer Umfragedaten auf den Zusammenhang zwischen Umweltbewußtsein und sozialer Position: Demnach sind kritische Einstellungen gegenüber einer umweltbedrohlichen wissenschaftlichen und technischen Entwicklung und besorgte Einstellungen hinsichtlich einer Rohstoff- und Energiekrise um so weiter verbreitet, je höher das Einkommen bzw. die subjektive Schichtzugehörigkeit von Verbrauchern (siehe auch Krusche & Jørges, 1981, S. 254-255).

Schließlich sind umweltpolitische Maßnahmen in der Regel durchaus geeignet, zwar zu einer Gesamtentlastung der Umwelt, gleichzeitig aber zu einer Verschärfung solcher Disparitäten beizutragen (vgl. insbesondere Zimmermann, 1981). So wenn eine Benzinsteuern oder ein Wohnungsmodernisierungsprogramm marginale Verbraucher zwingen, verstärkt auf kauf- bzw. mietbillige, aber umweltbelastende und energiefressende Altautos und Altwohnungen auszuweichen.

Expertenurteil versus Laienurteil in der Verbraucherinformation

Vor dem Hintergrund dieser Problemlagen also wäre eine um ökologische Aspekte des Verbraucherverhaltens und der Konsumarbeit erweiterte Strategie der Verbraucherinformation zu entwickeln. Das gilt für alle Instrumente der Verbraucherinformation, einschließlich des unternehmerischen Marketing (zur Problematik im Bereich öffentlicher Energieversorgungsunternehmen Raffée & Fritz, 1980). Ob sich Instrumente einer neutralen Verbraucherinformation wie der vergleichende Warentest und verwandte Informationsformen in dieser Richtung ausbauen lassen, muß einer intensiveren Diskussion überlassen bleiben. Grenzen eines solchen Ausbaus liegen, abgesehen von interessenpolitischen Erwägungen, vor allem in zwei eng zusammenhängenden Schwierigkeiten. Einmal in der Schwierigkeit, die erforderlichen Qualitätsurteile methodisch sauber und wissenschaftlich haltbar zu erarbeiten, zum anderen in der Schwierigkeit, Verbraucherentscheidungen konsequent an solchen Qualitätsurteilen zu orientieren. Es würde sich ja, wenn man den bisherigen Überlegungen folgt, um die Beurteilung eines ganz erheblich erweiterten Raums von gebrauchrelevanten Attributen von Gütern und Gütersystemen handeln. Es ergibt sich ein charakteristisches Dilemma: Je besser das erste, die Erarbeitung von Expertenbeurteilungen, gelingt, desto problematischer wird das zweite, ihre Nutzung durch Verbraucher, und zwar tendenziell um so mehr, je marginaler die soziale Position von Verbrauchern.

Am Beispiel des häuslichen Energiesparens läßt sich das wiederum recht gut zeigen: Eine angemessene Information oder Beratung, auch nur zu den wichtigsten haushaltsinternen Problemen, ist hier außerordentlich aufwendig, muß sehr gezielt erarbeitet werden und dürfte von Experte zu Experte zu sehr unterschiedlichen Lösungen führen. Das gilt insbesondere dann, wenn nicht nur im engeren Sinn Energiespar-, sondern auch Umweltbelastungsaspekte angemessen berücksichtigt werden sollen. Die Kosten und die Angreifbarkeit solcher Beurteilungen liegen weit über dem, was für herkömmliche Test- und Informationsprogramme als normal gelten kann. Auf der anderen Seite steigen auch die Anforderungen an die Zeit, die Kompetenzen und das Durchhaltevermögen, nicht zu vergessen den Geldbeutel von Nutzern solcher Informationen, ja sie dürften die Möglichkeiten der meisten Verbraucher effektiv übersteigen.

Die Einbeziehung ökologischer Aspekte des Konsums in die Verbraucherinformation gibt also Anlaß dazu, alte Fragen neu zu stellen: Die Frage nach der Rationalität einer Verbraucherinformation, in der Expertenurteile und Laienurteile immer weiter auseinanderfallen; die Frage auch, wie vernünftig die traditionelle Lösung dieses Problems sei, Laien an Expertenurteile heranzuführen statt umgekehrt. Das Energiebeispiel stimmt hier durchaus skeptisch. Eine begründete, auf die Verhältnisse spezifischer Verbrauchergruppen zugeschnittene Verbraucherinformation unter Einbeziehung ökologischer Kriterien ist hier nicht nur methodisch-technisch sehr aufwendig und damit kostspielig, sie läuft auch leicht Gefahr, unglaublich und sozialpolitisch fragwürdig zu werden. Von Verbrauchern, die sie effektiv nutzen, fordert sie erhebliche Zusatzleistungen in Form von Geld, Zeit und Qualifikation.

PERSPEKTIVEN EINER ÖKOLOGISCH AUFGEKLÄRTEN VERBRAUCHERINFORMATIONSPOLITIK

Abschließend seien die wichtigsten Gesichtspunkte dieser Diskussion in Form einiger schlußfolgernder Thesen resümiert.

1. Quintessenz der Überlegungen war, daß eine fortschreitende Verlagerung produktiver und distributiver Funktionen aus dem Produktionssektor in die Haushalte eine ökologisch orientierte Verbraucherpolitik erfordert und daß eine solche Verbraucherpolitik ihren Begriff der Gebrauchstauglichkeit von Gütern überprüfen und weiterentwickeln muß. Eine solche Weiterentwicklung kann dabei kaum das Ergebnis ingenieurwissenschaftlicher oder verhaltenswissenschaftlicher Forschung sein, sondern muß sich aus einem politischen Prozeß und damit einhergehenden Bildungs- (und das ist mehr als Informations-)prozessen ergeben.

2. Gesamtgesellschaftlich ist ein solcher Prozeß in Gang gekommen, und Verbraucherpolitik wird sich so oder so daran beteiligen müssen. Er ist in Gang gekommen, weil Veränderungen in den Konsumstrukturen mit Umweltkosten verbunden sind, die sich in den Marktpreisen von Gütern kaum widerspiegeln und in die Beurteilung der Gebrauchstauglichkeit von Gütern kaum eingehen. Weil gegebene Institutionen des Markts und der öffentlichen Versorgung nicht angemessen funktionieren, kommt es zu Forderungen nach Richtigstellung einer verzerrten gesellschaftlichen Rechnungsführung.

3. Verbraucher sind nicht souverän in dem Sinn, daß sie, wenn sie nur wollen, ihren Konsum umweltverträglich gestalten können, und deshalb kann man sie auch nicht als die eigentlichen Verursacher der Umweltzerstörung bezeichnen. Sie sind aber auch nicht abhängig in dem Sinn, daß sie von den Herstellern von Gütern zu einem umweltbelastenden Konsum schlechthin gezwungen werden, und deshalb kann man sie auch nicht einfach als Opfer eines zerstörerischen Industriesystems bezeichnen. Sie sind vielmehr verstrickt, so könnte man sagen, in Verhältnisse, die sie teils aus unmittelbarem Eigeninteresse wollen und zu verantworten haben, teils aufgezwungen bekommen wider besseres Wollen. Verbraucherinformation als ein Instrument der Verbraucherpolitik kann, bei aller Schwierigkeit dieses Unternehmens, zu einer Transparenz des Ingesamts dieser Verhältnisse beitragen. Sie darf sich, mit anderen Worten, nicht auf die Herstellung von Markttransparenz beschränken, sondern muß aufzeigen, inwiefern die Gebrauchstauglichkeit von Konsumgütern eine Funktion ihres hauswirtschaftlichen Gebrauchs, ihrer Bindung an nicht-marktlich vermittelte Güter und ihrer Herstellungsbedingungen ist. Zur Markttransparenz muß Gebrauchs- und Systemtransparenz in der Haushaltsproduktion jenseits und in der industriellen Produktion diesseits des Markts hinzutreten.

4. Gebrauchstauglichkeit ist in dieser Perspektive in mehrfacher Hinsicht ein interessengebundener Begriff: Legt man eher langfristig-kollektive Verbraucherinteressen zugrunde, wie es Vertreter der Umweltbewegung tun, dann wird man zu anderen Resultaten gelangen als bei Zugrundelegung kurzfristig-individueller Verbraucherinteressen. Faßt man Interessen einzelner marginaler Verbrauchergruppen ins Auge, kommt man zu anderen Resultaten als beispielsweise aus der Sicht besser verdienender Angehöriger des Dienstleistungssektors - einer der tragenden Gruppen der Umweltbewegung. Die Verbraucherinformationspolitik kann sich dieser Interessenhaltigkeit des Konzepts einer ökologischen Gebrauchstauglichkeit kaum entziehen, wenn sie glaubwürdig bleiben will.

5. Verbraucherinformationspolitik steht damit vor der Frage, wie sie Widersprüche zwischen einer tendenziell "politischen" Informationspolitik, in der vorwiegend argumentiert, diskutiert und überzeugt wird, und einer "neutralen" Informationspolitik, in der vorwiegend Experten zu Wort kommen, austragen und aushalten kann.

Literatur

- Aird, A. (1977). Goods and services. In: F. Williams (Ed.), *Why the poor pay more*, S. 7-28. London: McMillan.
- Baum, A. & Singer, J. E. (Eds.) (1981). *Energy conservation. Psychological perspectives*. Hillsdale, N. J.: Erlbaum.
- Bruhn, M. (1979). Das soziale Bewusstsein von Konsumenten. In: H. Meffert, H. Steffenhagen & H. Freter (Hrsg.), *Konsumentenverhalten und Information*, S. 75-395. Wiesbaden: Gabler.
- Czerwonka, Ch. & Schöppe, G. (1981). Verbraucherinformationspolitik und Funktionsfähigkeit des Wettbewerbs. *Wirtschaft und Wettbewerb*, 31, 165-183.
- Coppock, R. (1981). Managing technological hazards. In: Th. O'Riordan & R. K. Turner (Eds.), *Progress in resource management and environmental planning* (Vol. 3), S. 203-217. Chichester: Wiley.
- Dierkes, M. & Hoff, A. (1981). Sozialbilanzen und gesellschaftsbezogene Rechnungslegung in der Bundesrepublik Deutschland. In: H. J. Hoffmann-Nowotny (Hrsg.), *Sozialbilanzierung. Soziale Indikatoren*, Bd. VIII, S. 9-67. Frankfurt: Campus.
- Fietkau, H. J., Kessel, H. & Tischler, W. (1981). *Umwelt im Spiegel der öffentlichen Meinung*. Frankfurt: Campus.
- Gershuny, J. (1981). *Die Ökonomie der nach-industriellen Gesellschaft*. Frankfurt: Campus.
- Joerges, B. (1979). Die Armen zahlen mehr - auch für Energie. *Zeitschrift für Verbraucherpolitik*, 3, 1155-165.
- Joerges, B. (1981a). Berufsarbeit, Konsumarbeit, Freizeit. *Soziale Welt*, 32, 169-195.
- Joerges, B. (Hrsg.) (1981b). *Verbraucherverhalten und Umweltbelastung*. Materialien zu einer verbraucherorientierten Umweltpolitik. Frankfurt: Campus.
- Joerges, B. & Kiene, N. (1981). Privater Energieverbrauch - umweltbelastend und sozial diskriminierend. In: B. Joerges (Hrsg.), *Verbraucherverhalten und Umweltbelastung*, S. 143- 213, Frankfurt: Campus.
- Katona, G., Strümpel, B. & Zahn, E. (1971). *Zwei Wege zur Prosperität*. Düsseldorf: Econ.
- Krusche, H. & Joerges, B. (1981). Alternative Energietechnologien für private Haushalte. In: B. Joerges (Hrsg.), *Verbraucherverhalten und Umweltbelastung*, S. 215-264. Frankfurt: Campus.
- Lovins, A. (1977). *Soft energy paths*. Cambridge, Mass.: Ballinger.
- Meixner, H. (1980). *Technologische Entwicklung und natürliche Reproduktionsgrundlagen*. Frankfurt: Haag & Herchen.
- Meynaud, J. (1956). *Le consommateur et le pouvoir*. Paris: Donoel.
- Nowotny, H. (1981). *The information society: Its impact on the home, local community and marginal groups*. Wien: European Centre for Social Welfare Training and Research. Vervielfältigtes Manuskript.
- Raffée, H. (1979). *Marketing und Umwelt*. Stuttgart: Poeschel.
- Raffée, H. & Fritz, W. (1980). Bedarfslenkendes Marketing von Elektrizitätsversorgungsunternehmen. *Der Betriebswirt*, 40, 561-576.
- Schmitt, J. (1980). Dienstleistungen in der Industriegesellschaft: Marktproduktion versus Eigenproduktion. Frankfurt: Universität Frankfurt. Unveröffentlichte Diplomarbeit im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften.
- Seligman, C. & Becker, J. (Eds.) (1981). Energy conservation. *Journal of Social Issues*, 17, 2.
- Strümpel, B. (1977). *Die Krise des Wohlstands*. Stuttgart: Kohlhammer.
- Strümpel, B. (1978). Sozialwissenschaftliche Aspekte einer alternativen Energiepolitik. *Zeitschrift für Umweltpolitik*, 1, 95-112.
- Uusitalo, L. (1980). Differentiation of the way of life by technological development, social system; and sex - Some tentative findings based on secondary time use data. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin. Bericht IIUG/80-17.

- Uusitalo L. (1981). The ecological relevance of consumption style. In: B. Joerges (Hrsg.), *Verbraucherverhalten und Umweltbelastung*, S. 363-418. Frankfurt: Campus.
- Van Raaij, W. F. (1979). Das Interesse für ökologische Probleme und Konsumentenverhalten. In: H. Meffert, H. Steffenhagen & H. Freter (Hrsg.), *Konsumentenverhalten und Information*, S. 355-374. Wiesbaden: Gabler.
- Zimmermann, K. (1981). *Umweltpolitik und Verteilung*. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin.

Der Autor

Bernward Joerges ist Privatdozent an der Technischen Universität Berlin und Leiter des Programmbereichs Konsum und Umwelt am Internationalen Institut für Umwelt und Gesellschaft des Wissenschaftszentrums Berlin, Potsdamer Str. f8, D-1000 Berlin 30.